



Wahlordnung für die Wahlen zum Senat, zu den Fachbereichsräten, zum Hilfskräferrat sowie zu anderen Gremien der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Beschluss des Senats vom 25.08.2023

Hier Neufassung:

Teil I: Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlgrundsätze
- § 3 Allgemeine Bestimmungen

Teil II: Direkte Wahlen

- § 4 Wahlorgane
- § 5 Zusammensetzung und Bildung des Wahlvorstandes
- § 6 Aufgaben des Wahlvorstandes
- § 7 Aufgaben der Wahlleitung
- § 8 Zusammensetzung der Wahlausschüsse
- § 9 Wahlberechtigung (Aktives Wahlrecht)
- § 10 Wählbarkeit (Passives Wahlrecht)
- § 11 Wähler*innenverzeichnis
- § 12 Wahlbenachrichtigungen
- § 13 Wahlvorschläge
- § 14 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 15 Wahlbekanntmachungen
- § 16 Allgemeine Bestimmungen für die Durchführung der Wahlen
- § 17 Wahlunterlagen
- § 18 Stimmabgabe
- § 19 Wahlhandlung bei Briefwahl
- § 20 Wahlhandlung bei Urnenwahl
- § 21 Online-Wahlen
- § 21 a Beginn und Ende der Online-Wahl
- § 21 b Störungen der Online-Wahl
- § 21 c Briefwahl bei Online-Wahl
- § 21 d Technische Anforderungen
- § 22 Behandlung der Wahlbriefe bei der Briefwahl
- § 23 Auszählung
- § 24 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 25 Sitzzuteilung
- § 26 Sitzzuteilung im Senat
- § 27 Wahl Niederschrift
- § 28 Wahlprüfung

§ 29 Stellvertretung in Kollegialgremien und im Hilfskräfterat
§ 30 Nachrücken und Nachwahlen

Teil III: Indirekte Wahlen

§ 31 Wahlen durch Kollegialgremien
§ 32 Wahlen durch Gruppen in Kollegialgremien
§ 33 Zusammensetzung des Erweiterten Senats
§ 34 Wahlen zum Präsidenschaftsamt
§ 35 Wahlen zum Vizepräsidenschaftsamt
§ 36 Wahlen zum Hilfskräfterat
§ 37 Datenschutz
§ 38 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

Teil I: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahlordnung gilt für die unmittelbaren Wahlen zu den Kollegialgremien (Senat, Fachbereichsräte), zum Hilfskräfterat, für die mittelbaren Wahlen innerhalb der Kollegialgremien sowie die Wahlen durch die in ihnen vertretenen Mitgliedergruppen.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Die Mitglieder der Kollegialgremien und des Hilfskräfterats werden in freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt. Die Kollegialgremien werden nach Gruppen getrennt von der jeweiligen Mitgliedergruppe gewählt. Die Mitglieder des Hilfskräfterats werden von den studentischen Hilfskräften, die an der Goethe-Universität beschäftigt sind, gewählt.
- (2) Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (im Folgenden: Listenwahl) wird gewählt, wenn mindestens zwei Listenvorschläge (im Folgenden: Wahlvorschläge) oder ein Listenvorschlag und ein Einzelschlag vorliegen. Einzelschläge gelten in diesem Fall als Einerliste. Die Zuteilung von Sitzen bei Listenwahlen erfolgt nach dem Verfahren Hare/Niemeyer gemäß § 25.
- (3) Ist für einen Wahlgang nur ein zugelassener Wahlvorschlag vorhanden, so wird dieser Wahlvorgang nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (im Folgenden: Persönlichkeitswahl) durchgeführt. Jede*r Wahlberechtigte*r hat so viele Stimmen, wie Sitze in ihrer*seiner Gruppe zu vergeben sind.
- (4) Sind in einer Gruppe nicht mehr Wahlberechtigte vorhanden, als Sitze zu besetzen sind, sind alle Wahlberechtigten dieser Gruppe ohne Wahl Mitglieder des Kollegialgremiums.
- (5) Die Amtszeit der Mitglieder der Kollegialgremien beträgt zwei Jahre; die Amtszeit der Fachbereichsratsmitglieder aus der Gruppe der Studierenden und des Hilfskräfterats beträgt ein Jahr. Die Amtszeit der Mitglieder eines Kollegialgremiums und des Hilfskräfterats soll mit der Konstituierung in der ersten Sitzung nach einer Wahl beginnen und endet mit der Neukonstituierung des Kollegialgremiums oder des Hilfskräfterats nach der folgenden Wahl. Wird die nachfolgende Wahl nicht rechtzeitig durchgeführt, so nimmt das Kollegialgremium oder der Hilfskräfterat die Aufgaben weiterhin wahr, bis das neue Kollegialgremium oder der Hilfskräfterat sich konstituiert hat.
- (6) In den Kollegialgremien und im Hilfskräfterat ist eine angemessene Vertretung aller Geschlechter anzustreben.

§ 3 Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Wahlen zu den Kollegialgremien finden für die Gruppe der Studierenden in jedem Jahr, für die anderen Gruppen alle zwei Jahre statt. Die Wahlen zum Hilfskräfterat finden in jedem Jahr statt. Zeitgleiche Wahlen mit der Studierendenschaft sollen angestrebt werden.

(2) Die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen enden jeweils um 15.00 Uhr des Ablauftages, sofern der Wahlvorstand im Einvernehmen mit der Wahlleitung (§ 4 Abs. 1 Ziff. 2) nichts anderes bestimmt. Fällt der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so endet die Frist erst am nächsten Arbeitstag.

(3) Arbeitstage sind die Werktage mit Ausnahme des Samstags.

(4) Die Mitglieder der Universität verteilen sich auf folgende Wähler*innengruppen (§ 37 Abs. 3 HessHG):

1. Wähler*innengruppe I: Professor*innen,
2. Wähler*innengruppe II: wissenschaftliche Mitglieder,
3. Wähler*innengruppe III: Studierende,
4. Wähler*innengruppe IV: administrativ- technische Mitglieder.

(5) Unter Berücksichtigung der Einhaltung der Wahlgrundsätze beschließt der Wahlvorstand im Einvernehmen mit der Wahlleitung, ob die Wahlen als Urnen- und/oder Briefwahl oder als Online-Wahl¹ mit der Möglichkeit der Briefwahl auf Antrag durchgeführt werden.

(6) Wird die Wahl als Online-Wahl durchgeführt, ist von dem*der Wahlleiter*in Beginn und Ende der Wahlfrist (erster und letzter Zeitpunkt einer möglichen Stimmabgabe) festzulegen. Die Wahlzeit soll mindestens sieben und höchstens 15 Arbeitstage betragen.

*1 Eine Online-Wahl (Synonym: Remote Electronic Voting) bezeichnet die Stimmabgabe der Wahlberechtigten mit einem elektronischen Eingabegerät (bspw. PC, Notebook, Tablet-Computer oder Smartphone). Die Wähler*innenstimme und sonstige Daten werden über das Internet an ein Wahlsystem geleitet.*

Teil II: Direkte Wahlen

§ 4 Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind:

1. der Wahlvorstand
2. der*die Kanzler*in als Wahlleitung.

Der Wahlvorstand kann zur Durchführung der Wahl Wahlausschüsse (§ 8) bilden. Deren Aufgaben sind bei der Bildung festzulegen.

(2) Die Geschäftsstelle des Wahlvorstandes und der Wahlleitung ist das Wahlamt. Mitarbeiter*innen des Wahlamtes dürfen keinem Wahlorgan gemäß Abs. 1 als Mitglied angehören.

(3) Die Wahlvorstände und die Wahlleitung können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Wahlhelfer*innen heranziehen, sofern sie Mitglieder der Universität sind.

(4) Die Mitglieder des Wahlvorstandes, die Mitglieder in den Wahlausschüssen und die Wahlhelfer*innen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie sind zur unparteiischen, gewissenhaften und vertraulichen Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

(5) Wahlbewerber*innen sowie Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge gemäß § 13 Abs. 12 dürfen weder einem Wahlorgan nach Abs. 1 angehören noch Wahlhelfer*innen sein.

(6) Zur Mitarbeit im Wahlverfahren ist in angemessenem Umfang Dienstbefreiung zu gewähren. Das amtsbedingte Fehlen der studentischen Mitglieder der Wahlorgane gilt nicht als Fehlzeit im Sinne der Studienordnungen.

(7) Die studentischen Mitglieder und ihre Stellvertretung im Wahlvorstand haben für die Laufzeit ihrer Amtszeit einen Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung. Das Verfahren regelt die Hochschule durch Satzung.

§ 5 Zusammensetzung und Bildung des Wahlvorstandes

(1) Der Wahlvorstand besteht aus je einem Mitglied jeder Wähler*innengruppe. Der Senat wählt die Mitglieder und für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied. Keine dieser Personen muss dem Senat anzugehören.

(2) Die Mitglieder des Wahlvorstandes und ihre Stellvertretung sollen von den Vertreter*innen ihrer Gruppen in dem einer Wahl vorangehenden Semester im Senat gewählt werden.

(3) Die Amtszeit des Wahlvorstandes beträgt zwei Jahre. Der Wahlvorstand bleibt bis zur Konstituierung des neuen Wahlvorstandes im Amt.

(4) Wählt eine Gruppe die von ihr entsendeten Mitglieder nicht rechtzeitig, werden die fehlenden Mitglieder des Wahlvorstandes und ihre Stellvertretung von der*dem Senatsvorsitzenden benannt. Hierbei kann von der Gruppenzugehörigkeit abgewichen werden.

(5) Scheidet ein Mitglied des Wahlvorstandes oder eine Stellvertretung vorzeitig aus, wird nachgewählt.

(6) Die Wahlleitung lädt zu der konstituierenden Sitzung des Wahlvorstandes ein und leitet die Sitzung bis zur Wahl der*des Vorsitzenden.

(7) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte ein Mitglied für den Vorsitz und ein weiteres für den stellvertretenden Vorsitz. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die*der Vorsitzende regelt die Schriftführung, die nicht an eine Mitgliedschaft im Wahlvorstand gebunden ist.

(8) Ein Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend sind. Der Wahlvorstand entscheidet mit der Mehrheit der Anwesenden. Ist ein Mitglied verhindert, ist die Stellvertretung stimmberechtigt.

(9) Beschlüsse kommen mit der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen zustande. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Beschlüsse können auch im Umlaufverfahren gefasst werden.

(10) Der Wahlvorstand tagt im Rahmen des verfügbaren Sitzungsraumes universitätsöffentlich. Für die Auszählung der Stimmen bei der Urnen- und Briefwahl kann die Öffentlichkeit nur ausgeschlossen werden, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Auszählung gefährdet ist.

(11) Zu der ersten konstituierenden Sitzung des Wahlvorstandes lädt die Wahlleitung ein und leitet die Sitzung bis zur Wahl der*des Vorsitzenden. Die*der Vorsitzende des Wahlvorstandes lädt zu den Sitzungen des Wahlvorstandes ein, bereitet sie vor und leitet sie. Sie*er muss zu einer Sitzung des Wahlvorstandes einladen, wenn mindestens zwei Mitglieder dies verlangen. Sie*er führt die Beschlüsse des Wahlvorstandes aus, führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Wahlvorstand. Die Wahlleitung ist zu den Sitzungen des Wahlvorstandes einzuladen; sie oder eine von ihr beauftragte Person gehört dem Wahlvorstand als beratendes Mitglied an.

(12) Sitzungstermine, Sitzungsräume und Beschlüsse des Wahlvorstandes sind in geeigneter Form universitätsöffentlich bekannt zu geben.

(13) Soweit die Geschäftsordnung der Gremien der Goethe- Universität, die Wahlordnung oder andere Satzungen der Universität keine näheren Bestimmungen treffen, ist für das Verfahren in Sitzungen des Wahlvorstandes die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden

§ 6 Aufgaben des Wahlvorstandes

(1) Der Wahlvorstand ist zusammen mit der Wahlleitung für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich.

(2) Der Wahlvorstand ist insbesondere zuständig für

1. die Prüfung, die Zulassung und die Bekanntmachung der Wahlvorschläge,
2. die Bildung von Wahlausschüssen und die Benennung von Wahlhelfer*innen
3. die Durchführung der Auszählung (unter Mitwirkung der Wahlhelfer*innen und der Wahlausschüsse),
4. die Festlegung und die Bekanntgabe des Wahlergebnisses und die Zuteilung der Sitze,
5. die Entscheidung über die Widersprüche nach § 11 Abs. 6 und 7 und § 14 Abs. 7,
6. das Wahlprüfungsverfahren

§ 7 Aufgaben der Wahlleitung

Die Wahlleitung ist für die technische Durchführung der Wahlen verantwortlich. Für die Durchführung der Aufgaben bedient sich die Wahlleitung des Wahlamtes.

Sie ist zuständig insbesondere für

1. den Fristen- und Terminplan der Wahlen,
2. die Aufstellung der Wahlbekanntmachung und ihre Veröffentlichung,
3. die Führung, die Offenlegung und den Abschluss der Wähler*innenverzeichnisse,
4. die Herstellung und die Versendung der Wahlunterlagen (z.B. Stimmzettel, Wahlbenachrichtigungen, etc.),
5. die Entgegennahme, die Verwaltung der Wahlstimmen und die Übergabe an den Wahlvorstand,
6. die Entgegennahme und die Vorprüfung der Wahlvorschläge nach § 14 Abs. 1, 2, 5 und 7 und der Widersprüche nach § 11 Abs. 6 und 7,
7. die Bildung von Stimmbezirken und die Festlegung der Wahllokale.
8. Prüfung, Auswahl und Beurteilung der Sicherheit von wahlunterstützender Hard- und Software, insbesondere von Produkten, die im Zusammenhang mit Online-Wahlen zum Einsatz gelangen

§ 8 Zusammensetzung der Wahlausschüsse

(1) Die Wahlausschüsse setzen sich aus je einem Mitglied und stellvertretenden Mitglied jeder Gruppe zusammen.

§ 9 Wahlberechtigung (Aktives Wahlrecht)

(1) Wahlberechtigt für die Wahlen zum Senat zu den Fachbereichsräten sind die Mitglieder der Universität gemäß § 37 Abs. 1 und 3 HessHG, für die das Prinzip der Gruppenvertretung gilt. Wahlberechtigt für die Wahl zum Hilfskräftenrat sind Personen, die am Wahltag als studentische Hilfskraft an der Goethe-Universität beschäftigt sind. Das Wahlrecht kann nur ausüben, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist. Die Eintragung in das Wähler*innenverzeichnis findet nicht mehr statt, wenn die Einstellung, Ernennung, Immatrikulation, Rückmeldung oder ein Gruppenwechsel nach dem Tag des Vorlesungsbeginns des Semesters erfolgt, in dem die Wahl stattfindet.

(2) Hauptberuflich Tätige, die nicht zum Personal der Universität gehören und mindestens ein Jahr in der Hochschule arbeiten sollen sowie Wissenschaftler*innen, die durch ein gemeinsames Berufungsverfahren oder durch Kooptation mit der Hochschule verbunden sind, erhalten die Mitgliedschaft auf Antrag.

(3) Die Hochschulleitung kann in begründeten Einzelfällen Personen, die längerfristig an der Universität forschen oder lehren, ohne zum Personal der Hochschule zu gehören, für die Zeit ihrer Tätigkeit den Mitgliedstatus auf Antrag nach Beschluss des Fachbereichsrats erteilen.

(4) Zu den Professor*innen gehören auch wissenschaftliche Mitglieder, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 68 HessHG erfüllen und durch Beschluss des Fachbereichsrats unter Zustimmung des Senats mit der selbständigen Wahrnehmung von Aufgaben in Lehre und Forschung in dem Fach beauftragt wurden, dem sie zugeordnet sind.

(5) Gehören Wahlberechtigte mehreren Wähler*innengruppen an, so haben sie das Wahlrecht nur in einer Wähler*innengruppe. Wer in mehreren Wähler*innengruppen wahlberechtigt ist, übt das Wahlrecht in der Gruppe aus, der sie*er aufgrund eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses zuzuordnen ist, es sei denn sie*er gibt spätestens bis zur Schließung des Wähler*innenverzeichnisses beim Wahlamt eine Erklärung ab, dass sie*er ihr*sein Wahlrecht in einer anderen Wähler*innengruppe ausüben will. Die Sätze 1-3 gelten nicht für Wahlberechtigte zum Hilfskräftenrat.

(6) Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit einer* eines Wahlberechtigten, wird die Änderung bis zum Ablauf der Offenlegungsfrist des Wähler*innenverzeichnisses nur noch auf Antrag in Textform beim Wahlamt berücksichtigt.

(7) Mitglieder, die mehreren Fachbereichen angehören, üben das aktive und passive Wahlrecht nur in einem Fachbereich aus. Professor*innen, die mehreren Fachbereichen angehören, üben das aktive und passive Wahlrecht nur in dem Fachbereich aus, in den sie berufen sind. An mehrere Fachbereiche Berufene entscheiden sich für einen Fachbereich.

(8) Studierende, die nach ihren Studienfächern Mitglieder mehrerer Fachbereiche sind, können bei der Immatrikulation oder Rückmeldung oder auf Antrag in Textform bis zum Ablauf der Offenlegungsfrist des Wähler*innenverzeichnisses im Rahmen der zugelassenen Fachbereichszugehörigkeiten eine andere Fachbereichszugehörigkeit wählen (Option). Wird keine Option abgegeben, so folgt die Zuordnung bei Studiengängen mit zwei Hauptfächern der im Immatrikulations- bzw. im Fachwechselantrag angegebenen Reihenfolge der Fächer. Die Erklärung nach S. 1 gilt auch für das Wahlrecht.

(9) Das Wahlrecht wird durch eine Beurlaubung nicht berührt.

§ 10 Wählbarkeit (Passives Wahlrecht)

Wählbar in den Senat und in die Fachbereichsräte sind alle Wahlberechtigten in ihren jeweiligen Gruppen. Wählbar zum Hilfskräftenrat sind alle Personen, die zum Zeitpunkt der Einreichung des Wahlvorschlags als studentische Hilfskraft an der Hochschule beschäftigt sind.

§ 11 Wähler*innenverzeichnis

(1) Das Verzeichnis der Wahlberechtigten (Wähler*innenverzeichnis) enthält Name, Vorname, Geburtsdatum, Wähler*innengruppe und Fachbereich bzw. Tätigkeitsbereich, bei Studierenden außerdem die Matrikelnummer sowie bei den übrigen Gruppen die Personalnummer. Es ist entsprechend § 3 Abs. 4 in vier Gruppen zu gliedern, die nach Fachbereichen und zentralen Einrichtungen geordnet werden.

(2) Die Eintragung und Zuordnung der Mitgliedergruppen gemäß § 3 Abs. 4 Ziff. 1, 2 und 4 in das Wähler*innenverzeichnis erfolgt aufgrund der Personalunterlagen der Universität.

(3) Drei Wochen nach dem Aushang der Wahlbekanntmachung wird das Wähler*innenverzeichnis geschlossen. Der genaue Termin ist in geeigneter Weise vom Wahlamt universitätsöffentlich bekannt zu geben. Das Wähler*innenverzeichnis ist an fünf Arbeitstagen für jeweils mindestens vier Stunden im Wahlamt und in ausgewählten dezentralen Einrichtungen (z.B. in mindestens einer dezentralen Einrichtung pro Campus) offen zu legen (Offenlegungsfrist).

(4) Das Wähler*innenverzeichnis muss durch Beschluss des Wahlvorstandes neu eröffnet und zu dem vom Wahlvorstand zu bestimmenden Termin erneut geschlossen werden, wenn der Wahltermin verschoben oder die Wahl wiederholt wird. Von den Fristen nach Abs. 3 kann dabei abgewichen werden.

(5) Im Falle der Neueröffnung des Wähler*innenverzeichnisses bestimmt die Wahlleitung, bis zu welchem Termin Wahlberechtigte, die nach dem in § 9 Abs. 1 S. 4 genannten Termin Mitglieder der Hochschule geworden sind, noch in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen werden. Entsprechendes gilt für Wahlberechtigte, deren Gruppenzugehörigkeit sich nach diesem Termin geändert hat.

(6) Gegen die Nichteintragung oder die Eintragung einer falschen Gruppenzugehörigkeit oder eines unrichtigen Fach- oder Tätigkeitsbereichs einer*eines Wahlberechtigten in die Wähler*innenverzeichnisse kann von dieser*diesem während der Offenlegungsfrist schriftlich Widerspruch bei der Wahlleitung eingelegt werden. Über den Widerspruch entscheidet der Wahlvorstand.

(7) Gegen die Eintragung einer Person in das Wähler*innenverzeichnis, die nicht wahlberechtigt ist, kann von jeder*jedem für das betreffende Kollegialgremium oder zum Hilfskräfтеріат Wahlberechtigten während der Offenlegungsfrist schriftlich Widerspruch bei der Wahlleitung eingelegt werden; die davon Betroffenen sollen dazu gehört werden. Über den Widerspruch entscheidet der Wahlvorstand. Beschließt der Wahlvorstand die Streichung aus dem Wähler*innenverzeichnis, sind die Betroffenen unverzüglich in Textform zu benachrichtigen. Diese können ihrerseits binnen zweier Arbeitstage nach Zugang der Benachrichtigung bei der Wahlleitung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet der Wahlvorstand.

(8) Nach Schließung des Wähler*innenverzeichnisses können nur noch offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen von Amts wegen durch das Wahlamt berichtet werden.

§ 12 Wahlbenachrichtigungen

(1) Die Eintragung in das Wähler*innenverzeichnis wird den Wahlberechtigten durch eine Wahlbenachrichtigung mitgeteilt. Die Studierenden erhalten ihre Wahlbenachrichtigung in der Regel in Verbindung mit ihrer Einschreibung oder Rückmeldung. Die Wahlberechtigten der übrigen Gruppen und des Hilfskräfтеріат erhalten ihre Wahlbenachrichtigung in der Regel über die universitätsinternen Verteilungssysteme.

(2) Die Wahlbenachrichtigung soll enthalten:

1. - den Familiennamen, den Vornamen und die Dienstanschrift,

- bei Studierenden die Matrikelnummer und die Wohnanschrift der oder des Wahlberechtigten, die Wähler*innengruppe, den Fachbereich und die Einrichtung,

2. für die Gruppen gemäß § 3 Abs. 4 Ziff. 1, 2 und 4 sowie für die studentischen Hilfskräfte die Wahltermine für die Urnen- und Briefwahl, die der Wahlbekanntmachung zu entnehmen sind.

(3) Soweit die Wahlorgane und das Wahlamt nach der Wahlordnung Wahlbenachrichtigungen, Wahlunterlagen oder sonstige individuelle Mitteilungen an Mitglieder der Universität abzusenden haben, genügen sie der von ihnen zu fordernden Sorgfalt, wenn sie diese Unterlagen an die inländische Anschrift absenden, die aus dem Wähler*innenverzeichnis oder aus den in der Universität vorhandenen Personalunterlagen ersichtlich ist. Es ist Sache der Wahlberechtigten, die Wahlorgane von Änderungen der Anschrift zu benachrichtigen. Die Wahlorgane und das Wahlamt sind nicht verpflichtet, Nachforschungen zur Ermittlung der richtigen Anschrift einzuleiten, falls Postsendungen unzustellbar sind.

§ 13 Wahlvorschläge

(1) Die Wahlvorschläge werden von den Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe und den Wahlberechtigten zum Hilfskräftenrat aufgestellt. Es sind die vom Wahlamt vorgegebenen Formblätter zu verwenden.

(2) In einem Wahlvorschlag können jeweils nur Bewerber*innen aus derselben Gruppe benannt werden. In einem Wahlvorschlag für den Hilfskräftenrat sind nur Bewerber*innen zu benennen, die zum Zeitpunkt der Einreichung als studentische Hilfskräfte an der Universität beschäftigt sind.

(3) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sollen alle Geschlechter entsprechend ihrem Anteil angemessen berücksichtigt werden.

(4) Die Wahlvorschläge für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Ziff. 2) sollen unbefristet und befristet Beschäftigte entsprechend ihrem Anteil in der Gruppe angemessen berücksichtigen.

(5) Der Wahlvorschlag muss jeweils Namen und Vornamen der Wahlberechtigten, die Wähler*innengruppe sowie den Fachbereich oder die Einrichtung enthalten, in der sie tätig sind oder studieren. Zur Identitätsfeststellung ist bei Studierenden auch die Angabe der Matrikelnummer erforderlich.

(6) Jeder Wahlvorschlag hat ein Kennwort zu tragen, das nicht nur das Wort „Liste“ in Verbindung mit einer Nummer oder nur eine Nummer enthalten darf. Die Bezeichnung darf keine Irreführung hinsichtlich der Zugehörigkeit zu bestehenden hochschulpolitischen Gruppierungen enthalten. Namen von Organen und Kollegialgremien bzw. (Teil-) Einrichtungen oder Untergliederungen, die im HessHG vorgesehen oder aufgrund einer Rechtsverordnung, einer Satzungsregelung oder durch den Beschluss eines Organs der Universität gebildet sind, dürfen nicht verwendet werden (z.B. Senat, Fachbereich, Fachschaft).

(7) Jeder Wahlvorschlag gemäß Abs. 1 kann beliebig viele Namen von Wahlberechtigten enthalten, die zur Kandidatur bereit sind; ihre Reihenfolge muss aus dem Wahlvorschlag ersichtlich sein. Bei den Wahlen zum Senat bedarf jeder Wahlvorschlag, der bei der letzten Wahl für das Kollegialgremium nicht aufgestellt war, der Unterstützung von mindestens zwanzig Wahlberechtigten aus der jeweiligen Gruppe.

(8) Wahlberechtigte können jeweils nur einen Wahlvorschlag für die einzelnen Gremien oder für den Hilfskräftenrat unterstützen. Die Unterstützung kann nicht widerrufen werden. Eine Kandidatur auf einem Wahlvorschlag gilt zugleich als Unterstützungserklärung.

(9) Für jede*n Bewerber*in soll ein*e Stellvertreter*in bestimmt sein, die*der derselben Wähler*innengruppe angehört und für dasselbe Kollegialgremium oder für den Hilfskräftenrat wählbar ist.

(10) Zusammen mit dem Wahlvorschlag sind die eigenhändig unterzeichneten schriftlichen Einverständniserklärungen der in ihm genannten Bewerber*innen zur Kandidatur dem Wahlamt vorzulegen. Die Einverständniserklärungen können in einem in der Wahlbekanntmachung festgelegten Format an das Wahlamt gesendet werden.

(11) Ein*e Bewerber*in darf für die Wahl nur auf einem Wahlvorschlag pro Gremium oder für den Hilfskräfterrat benannt werden.

(12) Für jeden Wahlvorschlag ist eine Vertrauensperson unter Angabe ihrer Anschrift, ihrer Telefonnummer und einer E-Mail-Adresse zu benennen. Falls keine Benennung erfolgt, gilt die*der auf dem ersten Platz des Vorschlags genannte Bewerber*in als Vertrauensperson. Die Vertrauensperson ist bevollmächtigt zu Abgabe und Empfang von Erklärungen gegenüber Wahlleitung und Wahlvorstand sowie für die Benennung von temporären Stellvertretungen gemäß § 29 Abs. 2. Im Falle des Ausscheidens der Vertrauensperson bestimmen die Mandatsträger*innen der betreffenden Liste die Nachfolge. Die Wahlorgane können Erklärungen von den Bewerber*innen entgegennehmen und ihnen gegenüber abgeben.

§ 14 Prüfung der Wahlvorschläge

(1) Die Wahlvorschläge sind innerhalb der von der Wahlleitung bestimmten Frist gemäß § 7 Ziff. 1 gut lesbar oder in Druckschrift postalisch, elektronisch oder persönlich beim Wahlamt einzureichen. Bis zum Ablauf dieser Frist können Wahlvorschläge zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden. Das Wahlamt vermerkt auf jedem abgegebenen Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs, sowie ggf. die Rücknahme bzw. Änderung. Die Mitglieder des Wahlvorstandes können beim Wahlamt Einblick in die abgegebenen Wahlvorschläge nehmen.

(2) Unverzüglich nach Ablauf der Einreichungsfrist prüft das Wahlamt die Wahlvorschläge vor und leitet sie zur Entscheidung über ihre Zulassung dem Wahlvorstand zu. Werden vom Wahlamt bereits unmittelbar nach Eingang der Wahlvorschläge Mängel festgestellt, weist es die Vertrauensperson mündlich und in Textform auf die Mängel hin.

(3) Vom Wahlvorstand nicht zuzulassen sind insbesondere Wahlvorschläge, die

1. verspätet eingehen,
2. keine wählbaren Kandidat*innen aufweisen,
3. keine Einverständniserklärungen der Kandidat*innen enthalten,
4. den Voraussetzungen dieser Wahlordnung nicht entsprechen.

Wird ein*e Bewerber*in mit ihrem*seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen genannt, ist sie* er aus allen Wahlvorschlägen zu streichen. Liegt die Einverständniserklärung gemäß § 13 Abs. 10 nicht vor, wird der*die betreffende Bewerber*in aus dem Wahlvorschlag gestrichen. Sind Bewerber*innen in der jeweiligen Gruppe oder zum Hilfskräfterrat nicht wählbar, werden sie durch Beschluss des Wahlvorstandes aus dem Wahlvorschlag gestrichen.

(4) Sind Streichungen gemäß Abs. 3 erfolgt, ist der Wahlvorschlag im Übrigen zuzulassen, wenn die erforderlichen Voraussetzungen auch nach den erfolgten Streichungen vorliegen.

(5) Wird ein Wahlvorschlag mit einem unzulässigen Kennwort eingereicht und innerhalb der nach § 7 Ziff. 1 zu bestimmenden Frist nicht geändert, ist er nicht zuzulassen.

(6) Der Wahlvorstand benachrichtigt unverzüglich die Vertrauenspersonen der nicht zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe der Gründe, aus denen die Zulassung versagt wurde.

(7) Gegen die Nichtzulassung eines Wahlvorschlages kann binnen dreier Arbeitstage nach Bekanntgabe bei der Wahlleitung Widerspruch eingelegt werden. Das Wahlamt leitet den Widerspruch nach Vorprüfung dem Wahlvorstand zu, der über den Widerspruch entscheidet.

(8) Die Absätze 6 und 7 gelten entsprechend, wenn der Wahlvorstand einzelne Bewerber*innen aus dem Wahlvorschlag streicht.

(9) Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln richtet sich nach der Zahl der Stimmen, die sie bei der letzten Wahl erreicht haben. Die Reihenfolge der übrigen Wahlvorschläge wird durch das Los bestimmt, das von dem den Vorsitz führenden Mitglied des Wahlvorstandes zu ziehen ist.

(10) Ist nach Ablauf der in § 7 Ziff. 1 genannten Frist kein gültiger Wahlvorschlag für eine Gruppe oder für die Wahl zum Hilfskräfterat vorhanden, so gibt der Wahlvorstand dies sofort universitätsöffentlich bekannt. Gleichzeitig fordert er im Einvernehmen mit der Wahlleitung zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb einer Nachfrist von drei Arbeitstagen auf. Die Regelungen der Absätze 2 bis 9 gelten entsprechend.

§ 15 Wahlbekanntmachungen

Der Wahltermin, die Besonderheiten des Wahlverfahrens, der Ort und die Art der Bekanntmachung von Entscheidungen des Wahlvorstandes sowie Zeit und Ort der Offenlegung der Wähler*innenverzeichnisse, der Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge sowie die Frist zur Abgabe der Briefwahlunterlagen werden in einer Wahlbekanntmachung durch Aushang und in anderer geeigneter Form veröffentlicht. Die Wahlbekanntmachung soll spätestens drei Wochen vor Schließung des Wähler*innenverzeichnisses veröffentlicht werden.

§ 16 Allgemeine Bestimmungen für die Durchführung der Wahlen

(1) Die Wahlen zum Senat, zu den Fachbereichsräten und zum Hilfskräfterat werden als

i. Urnen- und Briefwahl oder als

ii. Briefwahl oder als

iii. Online-Wahl mit der Möglichkeit der Briefwahl auf Antrag durchgeführt.

(2) Die Wahlscheine und die ungeöffneten Wahlumschläge sind sicher und verschlossen zu verwahren. Wird die Öffnung durch Wahlhelfer*innen vorgenommen, muss mindestens ein Mitglied des Wahlvorstandes anwesend sein.

(3) Wird die Durchführung einer Wahl verhindert oder derart gestört, dass Zweifel an dem ordnungsgemäßen Zustandekommen der Ergebnisse berechtigt sind, entscheidet der Wahlvorstand über die Fortführung oder Wiederholung der Wahl.

§ 17 Wahlunterlagen

(1) Die Wahlunterlagen umfassen - differenziert nach den möglichen Wahlformen gemäß § 16 Abs. 1 - folgende Bestandteile:

1. Urnenwahl: Stimmzettel für jede Gruppe oder den Hilfskräfterat und jede Wahl,

2. Briefwahl: Stimmzettel für jede Gruppe oder den Hilfskräfterat und jede Wahl, Wahlumschlag, Wahlschein (einschließlich Erklärung zur Stimmabgabe bei der Briefwahl) und Wahlbriefumschlag,

3. Online-Wahl: Zugangsdaten, Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals sowie Informationen zu den eingesetzten Authentifizierungsmöglichkeiten und rechtliche und sicherheitsbezogene Hinweise.

(2) Bei der Urnenwahl erhalten die Wahlberechtigten ausschließlich den Stimmzettel im Wahllokal ausgehändigt.

(3) Für die Briefwahl erhalten die Wahlberechtigten vom Wahlamt alle Unterlagen nach Absatz 1 Ziff. 2 zugesandt.

(4) Bei Online-Wahlen kann der Versand der Wahlunterlagen durch das Wahlamt auch elektronisch erfolgen. Soweit innerhalb der einzelnen Gruppen Zugangsdaten genutzt werden, die den Wahlberechtigten bereits bekannt sind, können die übrigen Informationen gemäß Abs. 1 Ziff. 3 auch auf den Internetseiten des Wahlamtes zur Verfügung gestellt werden.

(5) Die Stimmzettel für die einzelnen Wahlen sollen leicht voneinander unterscheidbar sein. Alle Wahlvorschläge sind mit ihrem Kennwort aufzuführen. Bei der Listenwahl sind auf dem Stimmzettel die Wahlvorschläge jeweils in der in § 14 Abs. 9 bestimmten Reihenfolge unter Angabe von Namen, Vornamen, Fachbereich oder Einrichtung der ersten sechs Bewerber*innen aufzuführen, soweit der Wahlvorschlag so viele Namen enthält. Bei der Persönlichkeitswahl sind alle zur Wahl stehenden Personen mit den genannten Angaben auf dem Stimmzettel zu vermerken. Ferner ist anzugeben, wie viele Stimmen die Wahlberechtigten in dem betreffenden Wahlgang haben.

(6) Auf dem Wahlschein sind die Eintragungen des Wähler*innenverzeichnisses, die die*den betreffende*n Wahlberechtigte*n bezeichnen, aufzuführen sowie die Wahl, für die der Wahlschein gültig ist. Er muss außerdem eine Erklärung zur Stimmabgabe enthalten.

(7) Verschiedene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder Wahlumschläge sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen. Mit Ausstellung der Ersatzunterlagen verlieren die ursprünglich ausgestellten Wahlunterlagen der*des Wahlberechtigten ihre Gültigkeit. Verlorene Ersatzunterlagen werden nicht ersetzt.

(8) Wahlscheine werden grundsätzlich nicht ersetzt. Über Ausnahmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 18 Stimmabgabe

(1) Die Stimmabgabe erfolgt bei der Listenwahl durch Ankreuzen eines Wahlvorschlages (Liste) in dem hierfür vorgesehenen Kreis auf dem Stimmzettel.

(2) Bei der Persönlichkeitswahl hat jede*r Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Sitze zu besetzen sind. Diese Zahl ist auf dem Stimmzettel anzugeben.

(3) Bei der Stimmabgabe zur Persönlichkeitswahl können jeweils höchstens so viele Namen auf dem Stimmzettel angekreuzt werden, wie die angegebene Stimmenzahl besagt. Stimmenhäufung ist unzulässig.

§ 19 Wahlhandlung bei Briefwahl

(1) Die Unterlagen für die Briefwahl werden vom Wahlamt rechtzeitig zugesandt.

(2) Der Stimmzettel ist persönlich und unbeobachtet zu kennzeichnen, in den Wahlumschlag zu legen und zu verschließen. Die*der Wahlberechtigte unterzeichnet auf dem Wahlschein die Erklärung zur Stimmabgabe, legt diesen mit dem verschlossenen Wahlumschlag in den Wahlbriefumschlag und verschließt diesen durch Zukleben. Nimmt der*die Wähler*in an mehreren Wahlen teil, ist der Stimmzettel in den entsprechend farblich gekennzeichneten Wahlumschlag zu legen. Der verschlossene Wahlbriefumschlag ist innerhalb der festgesetzten Frist an das Wahlamt (vorgedruckte Anschrift) zu übersenden.

(3) Für die rechtzeitige Stimmabgabe muss der Wahlbrief spätestens am letzten Tag für die Briefwahlabgabe bis 15.00 Uhr beim Wahlamt (Briefkasten des Wahlamtes) eingegangen sein.

(4) Verlorene Briefwahlunterlagen werden nicht ersetzt. Versichert ein*e Wahlberechtigte*r glaubhaft, dass ihr*ihm die Briefwahlunterlagen nicht zugegangen sind, können ihr*ihm diese bis fünf Arbeitstage

vor Ablauf der Briefwahlfrist erneut ausgehändigt werden. Die erneute Ausgabe der Briefwahlunterlagen wird im Wähler*innenverzeichnis vermerkt.

§ 20 Wahlhandlung bei Urnenwahl

(1) Die Urnenwahl findet an mindestens zwei aufeinanderfolgenden nichtvorlesungsfreien Arbeitstagen statt, an denen die Wahllokale mindestens sechs Stunden geöffnet sein müssen. Die genauen Öffnungszeiten der Wahllokale werden von der Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand bestimmt. Vor Beginn der Wahl hat der Wahlvorstand Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Wähler*innen den Stimmzettel im Wahllokal unbeobachtet kennzeichnen kann. Er hat zu prüfen, ob die für die Aufnahme der Stimmzettel bestimmten Wahlurnen leer sind, und sie zu verschließen. Die Wahlurnen müssen so eingerichtet sein, dass die Stimmzettel nur durch einen Spalt im Deckel eingeworfen werden können.

(2) Das Wahllokal muss allen dort Wahlberechtigten während der Dauer der Wahl zugänglich sein. Der Wahlvorstand ordnet bei Andrang den Zutritt zum Wahllokal. Im Wahllokal müssen die vollständigen Wahlvorschläge ausgelegt sein.

(3) Solange das Wahllokal zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei gem. § 4 Abs. 3 bestellte Wahlhelfer*innen, die verschiedenen Gruppen angehören sollen, im Wahlraum anwesend sein.

(4) Vor Aushändigung der Wahlunterlagen ist festzustellen, ob die Wähler*innen in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen sind. Die Wähler*innen haben sich durch einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild oder Goethe-Karte auszuweisen, wenn sie nicht persönlich bekannt sind.

(5) Die*der Wähler*in kennzeichnet die Stimmzettel unbeobachtet und wirft die Stimmzettel in die Urne. Die Stimmabgabe ist im Wähler*innenverzeichnis zu vermerken.

(6) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, hat der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, dass ein Einwurf oder die Entwendung der Urnen ausgeschlossen sind. Bei Wiedereröffnung der Wahl und bei Entnahme von Stimmzetteln zur Stimmzählung überzeugt sich der Wahlvorstand davon, dass der Verschluss unversehrt ist.

(7) Nach Ablauf der für die Durchführung der Wahlhandlung festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die zu diesem Zeitpunkt im Wahllokal anwesend sind. Der Zutritt zum Wahllokal ist solange zu sperren, bis die Anwesenden ihre Stimme abgegeben haben. Sodann erklärt der Wahlvorstand die Wahlhandlung für beendet.

(8) Über Zweifelsfragen, die sich bei der Wahlhandlung ergeben, entscheidet der Wahlvorstand.

(9) Von den bestellten Wahlhelfer*innen sind für jeden Urnenwahltag Teilniederschriften anzufertigen. In die Teilniederschriften sind die Öffnungs- und Schließzeiten der Wahllokale, die Namen und Verweilzeiten der Wahlhelfer*innen an der Urne sowie besondere Vorkommnisse aufzunehmen. Die Teilniederschriften sind von den Wahlhelfer*innen zu unterzeichnen.

§ 21 Online-Wahl

(1) Für die Online-Wahl erhalten die Wahlberechtigten durch das Wahlamt ihre Wahlunterlagen zugesandt. Diese bestehen aus dem Wahlschreiben mit den Zugangsdaten, Informationen zur Durchführung der Wahl und zur Nutzung des Wahlportals sowie Informationen zu den eingesetzten Authentifizierungsmöglichkeiten und rechtliche und sicherheitsbezogene Hinweise. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels. Soweit innerhalb der einzelnen Gruppen Zugangsdaten genutzt werden, die den Wahlberechtigten bereits bekannt sind,

entfällt die Zusendung. Informationen zur Durchführung der Wahl sowie zur Nutzung des Wahlportals werden in diesem Fall auf den Internetseiten des Wahlamtes zur Verfügung gestellt.

(2) Die Stimmabgabe erfolgt persönlich oder, soweit dies aufgrund einer Behinderung nicht möglich ist, durch eine Hilfsperson- und unbeobachtet in elektronischer Form, was durch die Wahlberechtigten elektronisch zu bestätigen ist. Die Authentifizierung der Wahlberechtigten am Wahlportal erfolgt durch die Eingabe der persönlichen Authentifizierungsmerkmale. Bei diesen handelt es sich um die Authentifizierungsmerkmale für das Datennetz der Universität (HRZ-Account). Die Festlegung der für die einzelnen Wähler*innengruppen im Rahmen der Online-Wahl möglichen Authentifizierung erfolgt durch die Wahlleitung und wird in der Wahlbekanntmachung mitgeteilt. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben bzw. im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die Wahlberechtigten zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für die Wahlberechtigten am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(3) Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wahlberechtigten in dem von ihr oder ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(4) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist während der regulären Öffnungszeiten auch im Wahlamt möglich.

§ 21 a Beginn und Ende der Online-Wahl

Beginn und Beendigung der Online-Wahl sind nur bei gleichzeitiger Autorisierung durch mindestens zwei berechnigte Personen zulässig. Berechnigte i.S.v. Satz 1 sind die Mitglieder der Wahlorgane nach § 4 Abs. 1. Die Wahlleitung und der Wahlvorstand können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben dritte Personen unter Verpflichtung zur Geheimhaltung, insbesondere für die Bereitstellung und Einrichtung der Wahlsoftware sowie für die durchzuführende elektronische Auszählung und Archivierung hinzuziehen.

§ 21 b Störungen der Online-Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der Universität zu vertretenden technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung ist universitätsöffentlich bekannt zu geben.

(2) Die Wahlleitung hat im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand in begründeten Einzelfällen, insbesondere bei Manipulationen oder Manipulationsversuchen sowie technischen oder mechanischen Störungen, wenn hierdurch die weitere ordnungsgemäße Durchführung der Wahl nicht gewährleistet ist, die Online-Wahl zu unterbrechen oder abubrechen. Wird die Wahl abgebrochen, entscheidet die

Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand über das weitere Verfahren; § 28 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 21 c Briefwahl bei Online-Wahl

(1) Wird die Wahl als Online-Wahl durchgeführt, ist die Stimmabgabe auch in der Form der Briefwahl auf Antrag nach § 16 Abs. 1 zulässig.

(2) Die Briefwahlunterlagen sind mittels eines vorgegebenen Briefwahantrags schriftlich durch die Wahlberechtigten im Wahlamt zu beantragen. Der Antrag kann auch per E-Mail an das Wahlamt gerichtet werden. Er muss spätestens 21 Tage vor Beginn der Wahlhandlung im Wahlamt eingehen.

(3) Das Wahlamt sendet den Wahlberechtigten die Wahlunterlagen gemäß § 17 Abs. 1 unverzüglich nach Ablauf der Antragsfrist gem. Abs. 2 zu oder händigt sie aus und vermerkt dies im Wähler*innenverzeichnis. Mit dem Versand oder der Aushändigung der Briefwahlunterlagen sind die Wahlberechtigten von der elektronischen Stimmabgabe ausgeschlossen.

(4) Für die Briefwahl gilt § 19 Abs. 2 in entsprechender Anwendung. Die verschlossenen Briefwahlunterlagen müssen dem Wahlamt bis spätestens zum Ende der elektronischen Wahlhandlung zugehen. Die Wahlbriefumschläge mit den Stimmzetteln sind in einer gemeinsamen Wahlurne zu sammeln und gemäß § 23 auszuzählen.

§ 21 d Technische Anforderungen

(1) Online-Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht und die IT-Sicherheitsmaßnahmen des Hochschulrechenzentrums gemäß der IT-Sicherheitsrichtlinie der Universität in ihrer geltenden Fassung umgesetzt sind. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Universität kann sich zur Durchführung der Online-Wahl und zur Feststellung ausreichender Sicherheitsstandards externer Dienstleister bedienen, die vertraglich zur Einhaltung der Bestimmungen der technischen Anforderungen der Wahlordnung sowie zur Ermöglichung der Kontrolle der Sicherstellung der Geheimhaltung, insbesondere des Datenschutzes, zu verpflichten sind. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist auf Verlangen durch geeignete Unterlagen gegenüber der Universität nachzuweisen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wahlverzeichnis mit personenbezogenen Daten soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler*innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechtes (Wahlzeiten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahlzeiten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung der Wähler*innen sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur*in Wähler*in möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Wahlzeiten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahlzeiten ist zu gewährleisten,

dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Die Wahlberechtigten sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen für die Wahlhandlung auf den für die Wahl verwendeten Computern zu informieren; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist zu verweisen.

(7) Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch die*den Wahlberechtigte*n verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 22 Behandlung der Wahlbriefe bei Briefwahl

(1) Nach Ablauf der Frist gemäß § 19 Abs. 3 leitet der Wahlvorstand die Öffnung der Wahlbriefe ein. Die Mitglieder des Wahlvorstandes, die Wahlhelfer*innen und Mitglieder der Wahlausschüsse öffnen die eingegangenen Wahlbriefe einzeln und entnehmen ihnen den Wahlschein und den Wahlumschlag.

(2) Der Wahlschein wird mit der Eintragung im Wähler*innenverzeichnis verglichen.

(3) Wenn sich keine Beanstandungen ergeben, wird die Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis vermerkt und Wahlscheine und Wahlumschläge getrennt. Die Wahlumschläge sind durch das Wahlamt sicher und ungeöffnet zu verwahren.

(4) Leere Wahlbriefumschläge oder Wahlbriefumschläge, bei denen der Wahlschein fehlt sowie verspätet eingegangene Wahlbriefe gelten nicht als Stimmabgabe. Sie sind gesondert zu verwahren.

§ 23 Auszählung

(1) Die Auszählung der Stimmen beginnt unverzüglich nach Ende der Wahl.

(2) Wird die Wahl als Online-Wahl durchgeführt, ist für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl die Autorisierung durch mindestens zwei Berechtigte nach § 4 Abs. 1 notwendig. Der Wahlvorstand veranlasst unverzüglich nach Beendigung der Online-Wahl die computerbasierte universitätsöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, das von zwei Mitgliedern des Wahlvorstandes abgezeichnet wird. Alle Datensätze der Online-Wahl sind in geeigneter Weise zu speichern. § 27 gilt entsprechend.

(3) Zum Öffnen der Wahlumschläge und zur zentralen Auszählung treten der Wahlvorstand und die ihn unterstützenden Wahlhelfer*innen und die Mitglieder der Wahlausschüsse zusammen.

(4) Die Wahlumschläge aus der Briefwahl werden geöffnet, die eingelegten Stimmzettel mit den Stimmzetteln aus der Urnenwahl nach den unterschiedlichen Wähler*innengruppen und Gremien sortiert.

(5) Bei der Listenwahl sind die auf jeden Wahlvorschlag entfallenen gültigen Stimmen zu ermitteln. Bei der Persönlichkeitswahl sind die auf jede im Wahlvorschlag genannte Person entfallenen gültigen Stimmen festzustellen.

(6) Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand beschließen muss, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert aufzubewahren.

(7) Die Stimmabgabe bei der Briefwahl ist ungültig, wenn

1. der Wahlschein nicht unterschrieben ist oder von einer nicht berechtigten Person unterschrieben wurde,

2. der amtliche Wahlumschlag fehlt,

3. ein Stimmzettel nicht in den amtlichen Wahlumschlag eingelegt ist,
4. der Wahlumschlag mehr als einen Stimmzettel für dieselbe Wahl enthält oder leer ist.

Diese Unterlagen sind gesondert zu verwahren. Die Abgabe der ungültigen Stimmen wird vermerkt.

(8) Die Stimmabgabe ist - neben den Fällen des Absatzes 7 - ungültig, wenn

1. der Stimmzettel nicht als amtlich erkennbar ist,
2. sich aus dem Stimmzettel der Wille der Wähler*innen nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
3. der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält,
4. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist,
5. bei der Listenwahl auf dem Stimmzettel mehr als eine Liste angekreuzt ist,
6. bei der Persönlichkeitswahl mehr Bewerber*innen als zulässig angekreuzt sind.

(9) In Zweifelsfällen der Absätze 7 und 8 entscheidet der Wahlvorstand, ob eine gültige Stimmabgabe vorliegt oder ob die Stimmabgabe ungültig ist.

(10) Die abgegebenen Stimmen für die Wahl zum Senat werden unter Berücksichtigung der Grundsätze einer geheimen Wahl nach Wähler*innengruppen und Fachbereichen getrennt ausgezählt. Wurden in einer Wähler*innengruppe eines Fachbereichs weniger als zehn Wahlumschläge abgegeben, werden sie zusammen mit einem oder mehreren anderen Fachbereichen ausgezählt.

(11) Bei Online-Wahlen wird durch die technischen Voreinstellungen festgelegt, wann ein Stimmzettel ungültig ist. Ungültig ist der Stimmzettel, wenn:

1. mehr Stimmen als zulässig vergeben werden,
2. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet wird,
3. soweit bei der Wahl vorhanden, das Auswahlfeld „ungültig wählen“ markiert wird.

Im Übrigen gelten die Absätze 7 und 8 in entsprechender Anwendung.

(12) Alle Zwischenergebnisse und die Endergebnisse der Auszählung, alle wesentlichen Vorkommnisse während der Auszählung, die Zahl der Wahlberechtigten je Gruppe nach dem Wähler*innenverzeichnis, die Höhe der Wahlbeteiligung und die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge bzw. Bewerber*innen entfallenden Sitze sind in die Niederschrift über die Auszählung aufzunehmen. In der Niederschrift sind ferner Beginn und Ende der Auszählung sowie die Namen aller an der Auszählung Beteiligten festzuhalten. Die jeweilige Teilniederschrift ist von den jeweils an der Auszählung beteiligten Wahlhelfer*innen und den Mitgliedern der Wahlausschüsse zu unterzeichnen und der*dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes mit allen Wahlunterlagen zu übergeben.

§ 24 Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlvorstand stellt das vorläufige Wahlergebnis fest.

(2) Die Feststellung des Wahlergebnisses muss enthalten:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen,
3. die Zahl der gültigen Stimmen, die auf die Wahlvorschläge oder auf die Bewerber*innen entfallen sind sowie die Zahl der ungültigen Stimmen je nach Wähler*innengruppe,
4. die Zuteilung der Sitze nach § 25 und § 26,

5. das Datum und die Uhrzeit der Feststellung.

(3) Das Wahlergebnis ist vom Wahlvorstand unverzüglich in geeigneter Form bekannt zu machen.

§ 25 Sitzzuteilung

(1) Bei der Listenwahl werden entfallende Mandate nach dem Verfahren Hare/Niemeyer zugeteilt. Dazu wird die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze mit der Zahl der Stimmen, die eine Liste erhalten hat, multipliziert und durch die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen des Wahlganges geteilt. Jede Liste erhält zunächst so viele Sitze, wie sich für sie ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich nach der Berechnung nach Satz 2 ergeben, zu verteilen. Liegen für die Zuteilung der letzten Sitze in einer Gruppe mehr gleiche Höchstzahlen vor als Sitze zu vergeben sind, erfolgt die Zuteilung dieser Mandate durch Losentscheid. Dazu werden so viele Lose hergestellt, wie Listen gleiche Höchstzahlen haben. Das Los wird von dem den Vorsitz führenden Mitglieds des Wahlvorstandes gezogen.

(2) Die Sitze innerhalb einer Liste werden nach der im Wahlvorschlag aufgeführten Reihenfolge vergeben.

(3) Übersteigt die Zahl der auf einen Wahlvorschlag entfallenden Sitze die Zahl der dort aufgeführten Bewerber*innen, bleiben die restlichen Sitze unbesetzt.

(4) Im Falle der Persönlichkeitswahl sind die Bewerber*innen in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Stimmenzahl gewählt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los entsprechend Abs. 1.

(5) Der Wahlvorstand teilt den Vertrauenspersonen der Wahlvorschläge das Wahlergebnis und die Sitzzuteilung in Textform mit.

§ 26 Sitzzuteilung im Senat

(1) Zunächst werden die auf die Wahlvorschläge entfallenden Mandate im Senat gem. § 25 zugeteilt.

(2) Stellvertretende Mitglieder sind in folgender Reihenfolge:

1. die auf dem Wahlvorschlag für die zum Zuge gekommenen Listenplätze als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagenen Personen,

2. außerdem die auf der jeweiligen Liste vorgeschlagenen Personen auf nicht zum Zuge gekommenen Listenplätzen in der Reihenfolge derselben Listenplätze.

§ 27 Wahl Niederschrift

(1) Über die Sitzung des Wahlvorstandes und seine Beschlüsse werden Niederschriften angefertigt. Die Wahl Niederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung und besondere Vorkommnisse festhalten. Sie werden von der*dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes und von der*dem Schriftführer*in unterzeichnet. Die Teilniederschriften gem. § 23 Abs. 11 sind den Wahl Niederschriften beizufügen.

(2) Die Stimmzettel, Wahlscheine und sonstigen Wahlunterlagen sind nach der Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift des Wahlvorstandes beizufügen.

(3) Die Wahlakten (z.B. Wahl Niederschriften, Stimmzettel und Wahlscheine) sind dem Wahlamt zur Aufbewahrung zu übergeben. Das Wahlamt hat sie während der Amtszeit des betreffenden Kollegialgremiums oder des Hilfskräftrats aufzubewahren. Die Wahlleitung trifft auf dieser Grundlage die ihr nach § 29 Abs. 2 obliegenden Entscheidungen.

(4) Die Wahlakten können nach Ablauf einer Amtszeit vernichtet werden, sobald die neu gewählten Kollegialgremien und der Hilfskräfterat erstmalig zusammengetreten sind und über etwaige Wahlanfechtungen rechtskräftig entschieden worden ist.

§ 28 Wahlprüfung

(1) Wird von der Wahlleitung oder einzelnen Wahlberechtigten ein Verstoß gegen zwingende Wahlvorschriften geltend gemacht, tritt der Wahlvorstand in ein Wahlprüfungsverfahren ein. Dazu bedarf es eines Antrages, der innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses beim Wahlvorstand eingereicht werden muss.

(2) Eine Anfechtung der Wahl insbesondere mit der Begründung, dass ein*e Wahlberechtigte*r an der Ausübung ihres*seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie* er nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit bzw. Zuordnung zu den Fach- bzw. Tätigkeitsbereichen in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen wurde, oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, ist ausgeschlossen, wenn diese Gründe nicht bereits vorher gemäß § 11 Abs. 6 und 7 geltend gemacht worden sind.

(3) Stellt der Wahlvorstand im Wahlprüfungsverfahren fest, dass die von der*dem Antragsteller*in glaubhaft gemachten Verstöße das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben könnten, ordnet er im Einvernehmen mit der Wahlleitung eine Wiederholungswahl im erforderlichen Umfang an, gegebenenfalls für einzelne Gruppen, Fachbereiche oder Hilfskräfterat. Der Wahlvorstand soll seine Entscheidung innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Frist nach Abs. 1 Satz 2 treffen. Die Entscheidung, ob Anträge auf Wahlprüfung rechtzeitig beim Wahlvorstand eingereicht worden sind, wird von der*dem Vorsitzenden getroffen. Die Entscheidung über die Wahlanfechtung ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der*dem Antragsteller*in förmlich zuzustellen.

(4) Gehen innerhalb der in Abs. 1 Satz 2 genannten Frist keine Anträge auf Wahlprüfung ein oder wird über alle Anträge auf Wahlprüfung abschlägig entschieden, bestätigt der Wahlvorstand durch Beschluss das Wahlergebnis (endgültiges Wahlergebnis). Wird eine Wiederholungswahl nach Abs. 3 nur für eine Gruppe, einen Fachbereich oder den Hilfskräfterat angeordnet, bestätigt der Wahlvorstand das Wahlergebnis für die übrigen Gruppen oder Fachbereiche.

(5) Soweit nach Abs. 3 eine Wiederholungswahl angeordnet wird, gelten Abs. 1 bis Abs. 4 entsprechend.

(6) Wird eine Wiederholungswahl angeordnet, kann die Wahlleitung die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen abkürzen und andere Vereinfachungen des Wahlverfahrens im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand vorsehen. Für die Wiederholungswahl gelten – sofern sie im gleichen Semester stattfindet – die Wähler*innenverzeichnisse und Wahlvorschläge der zu wiederholenden Wahl.

(7) Abweichend von § 2 Abs. 5 beginnt im Falle der Wiederholungswahl die Amtszeit der neu gewählten Bewerber*innen mit Feststellung des Wahlergebnisses. Ihre Amtszeit endet nach dem für das Kollegialgremium bestimmten Wahlzyklus.

§ 29 Stellvertretung in den Kollegialgremien und im Hilfskräfterat

(1) Das Mandat wird von dem gewählten Mitglied oder im Verhinderungsfall von einem gewählten stellvertretenden Mitglied derselben Liste wahrgenommen.

(2) Kann der Sitz weder durch das gewählte Mitglied noch durch ein stellvertretendes Mitglied nach Abs. 1 besetzt werden, so kann durch die Vertrauensperson gemäß § 13 Abs. 12 für die betreffende Sitzung die nächste in der Reihenfolge der Listenplätze auf dem Wahlvorschlag benannte Person als

temporäres stellvertretendes Mitglied benannt werden. Dies ist der Sitzungsleitung spätestens einen Tag vor Sitzungsbeginn anzuzeigen und von dieser zu genehmigen.

§ 30 Nachrücken und Nachwahlen

(1) Beim Ausscheiden eines gewählten Mitglieds eines Kollegialgremiums oder des Hilfskräftrats (z.B. durch Rücktritt) rückt das stellvertretende Mitglied nach. Als neues stellvertretendes Mitglied rückt das nächste Listenmitglied, das kein Mandat im betreffenden Kollegialgremium oder Hilfskräftrat hat, nach. Entsprechendes gilt auch beim Ausscheiden eines stellvertretenden Mitglieds. Im Fall der Persönlichkeitswahl rückt die Person nach, die die nächsthöchste Stimmzahl erlangt hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(2) Der Rücktritt eines gewählten Mitglieds wird erst mit Eingang der schriftlichen Rücktrittserklärung bei der Wahlleitung wirksam. Diese Erklärung ist unwiderruflich. Andere Fälle des Ausscheidens, insbesondere den Verlust der Zugehörigkeit zu der Wähler*innengruppe, in der das Mitglied gewählt wurde, hat die Wahlleitung von Amts wegen festzustellen. Das ausscheidende Mitglied ist auch in diesen Fällen zu einer Anzeige verpflichtet.

(3) Soweit ein Mitglied das Mandat wegen einer längerfristigen Beurlaubung, Abordnung oder Krankheit nicht wahrnimmt, ruht das Mandat und es rückt das stellvertretende Mitglied nach. Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Bei Beendigung des Ruhens endet die Mitgliedschaft des nachgerückten Mitglieds. Das Ausscheiden oder Ruhen des Mandats und das nachrückende Mitglied sowie die Beendigung des Ruhens und des Nachrückens werden durch die Wahlleitung festgestellt. Das nachrückende Mitglied erlangt das Mandat mit dem Zugang der Mitteilung durch die Wahlleitung; die Regelungen über die Stellvertretung bleiben unberührt.

(4) Innerhalb der Fachbereiche tritt im Fall der Absätze 2 und 3 die*der Dekan*in an die Stelle der Wahlleitung.

(5) Sind auf einem Wahlvorschlag keine Personen mehr vorhanden, die nachrücken könnten, so bleiben die Sitze unbesetzt.

(6) Sind alle Wahlvorschläge einer Gruppe der mit Sitzen im Kollegialgremium oder im Hilfskräftrat vertretenen Listen erschöpft, so dass diese Gruppe nicht mehr im Kollegialgremium oder Hilfskräftrat vertreten ist, finden für diese Gruppe Nachwahlen statt. Eine Nachwahl findet nicht statt, wenn die Amtszeit der zu wählenden Mitglieder eines Kollegialgremiums oder im Hilfskräftrat weniger als sechs Monate betragen würde.

Teil III: Indirekte Wahlen

§ 31 Wahlen durch Kollegialgremien

(1) Bei Wahlen durch Kollegialgremien ist die Sitzungsleitung des Kollegialgremiums zugleich Wahlvorstand. Das Ergebnis jeder Wahl wird von ihr und mindestens einem weiteren Mitglied des Kollegialgremiums ermittelt und anschließend von der Sitzungsleitung verkündet. Beschlussfähig ist ein Kollegialgremium, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(2) Das Kollegialgremium wählt in geheimer Wahl. Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wahlberechtigten den Stimmzettel unbeobachtet ankreuzen können.

(3) Die Einladung zur Wahlsitzung muss mindestens eine Woche vorher versandt und in geeigneter Weise bekannt gemacht werden.

(4) Sind mehrere Personen zur Wahl vorgeschlagen, wird über sie gemeinsam abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Gremienmitglieder erhält, soweit nichts anderes

geregelt ist. Findet keine der vorgeschlagenen Personen die erforderliche Mehrheit, so ist die Abstimmung zu wiederholen. Bleibt auch der zweite Wahlgang ohne Erfolg, so findet eine Stichwahl unter den beiden Personen statt, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigten konnten. Soweit nichts anderes geregelt ist, ist gewählt, wer in diesem Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der Anwesenden erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet jeweils das Los, das von dem den Vorsitz des Kollegialgremiums führenden Mitglieds zu ziehen ist.

§ 32 Wahlen durch Gruppen in Kollegialgremien und im Hilfskräfтеріат

(1) Soweit die Mitglieder einer Gruppe in einem Kollegialgremium oder im Hilfskräfтеріат Vertreter*innen zu wählen haben und sich nicht einstimmig auf einen vereinfachten Benennungsmodus einigen, gelten die Absätze 2 bis 9.

(2) Die Sitzungsleitung des Kollegialgremiums oder des Hilfskräfтеріатs sorgt als Wahlvorstand für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Die Wahl soll während, kann aber auch im Anschluss an die Gremiensitzung stattfinden. Auf einhelligen Wunsch der Gruppe kann ein gesonderter Wahltermin für die Gruppe bestimmt werden.

(3) Jedes Gremienmitglied kann Mitglieder der eigenen Gruppe zur Wahl vorschlagen. Verzichten alle Gremienmitglieder einer Gruppe auf ihr Vorschlags- oder Besetzungsrecht, so bleiben die betreffenden Sitze unbesetzt.

(4) Wenn kein Mitglied der Gruppe widerspricht, ist Wahl durch Handzeichen zugelassen. Andernfalls wählt die Gruppe in geheimer Wahl. Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Stimmberechtigten ihre Stimmzettel unbeobachtet ankreuzen können.

(5) Soweit nur ein Sitz zu besetzen ist, ist die zur Wahl vorgeschlagene Person gewählt, die die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Bleibt der erste Wahlgang ohne Erfolg, so wird eine Stichwahl zwischen den beiden Personen durchgeführt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinten; gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das durch die Wahlleitung zu ziehende Los.

(6) Soweit mehrere Sitze zu besetzen sind, werden sie nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mittels Wahllisten gewählt. Die Verteilung der Sitze richtet sich nach der Anzahl der auf die jeweilige Liste bei der Abstimmung entfallenden Stimmen nach dem Verfahren Hare/Niemeyer.

(7) Soweit eine Stellvertretung vorgesehen ist, gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend.

(8) Die innerhalb einer Gruppe vertretenen Wahllisten sollen proportional zu ihrer Stärke innerhalb der Statusgruppe in der Gesamtheit der Ausschüsse und Kommissionen des Kollegialgremiums vertreten sein. Ist durch Anwendung des Verfahrens nach den Absätzen 4 und 5 eine Wahlliste rechnerisch erheblich unterproportional in den Ausschüssen und Kommissionen repräsentiert, kann sie bei der oder dem Vorsitzenden des Kollegialgremiums anzeigen, dass ihr zum Ausgleich künftig ein Zugriffsrecht zusteht. Dadurch kann die Wahlliste in jedem neu zu besetzenden Ausschuss oder einer Kommission solange ohne Wahl innerhalb der Statusgruppe einen Sitz besetzen, bis die Proportionalität wiederhergestellt ist.

(9) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds oder eines stellvertretenden Mitglieds aus einem Ausschuss oder einer Kommission benennen die Mitglieder desjenigen Wahlvorschlags, von dem die ausgeschiedene Person benannt war, eine Nachfolge. Ist eine Nachwahl zwingend vorgeschrieben, liegt in diesem Fall das ausschließliche Vorschlagsrecht für die zu wählende Person bei den Mitgliedern desjenigen Wahlvorschlags, von dem die ausgeschiedene Person benannt worden war.

§ 33 Zusammensetzung des Erweiterten Senats

- (1) Für die Wahl und Abwahl der*des Präsident*in sowie der Vizepräsident*innen gehören dem Senat auch die stellvertretenden Senatsmitglieder stimmberechtigt an (Erweiterter Senat).
- (2) Die Stellvertretung bestimmt sich nach § 30 Abs.1 und ist der Sitzungsleitung in der Regel einen Tag vor Sitzungsbeginn anzuzeigen und von dieser zu genehmigen.
- (3) Den Vorsitz im Erweiterten Senat hat die*der Präsident*in. Im Falle einer Kandidatur bei der bevorstehenden Wahl, eines eingeleiteten Abwahlverfahrens oder einer Verhinderung wird die*der Präsident*in durch ihre*seine Vertretung im Präsidium im Vorsitz vertreten.

§ 34 Wahlen zum Präsidenschaftsamt

- (1) Für die Präsidenschaftswahl bildet gemäß § 93 Abs. 2 HessHG der Hochschulrat unter Einbeziehung von Vertreter*innen des Senats eine Findungskommission. Er erstellt nach Beratung mit dem in der Grundordnung dafür vorgesehenen Gremium einen Wahlvorschlag, der mehrere Namen enthalten soll. Die Findungskommission bestimmt das Anforderungsprofil für die Besetzung des Präsidenschaftsamtes. Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität gehört der Findungskommission mit beratender Stimme an.
- (2) Die Findungskommission konstituiert sich spätestens ein Jahr vor Ende der Präsidenschaftsamszeit. Im Falle der vorzeitigen Vakanz tritt die Findungskommission unverzüglich zur konstituierenden Sitzung zusammen.
- (3) Die Findungskommission beschließt unter Zugrundelegung des Anforderungsprofils den Ausschreibungstext. Das vorsitzende Mitglied der Findungskommission veranlasst die öffentliche Ausschreibung, nimmt die Bewerbungen entgegen und bestätigt ihren Eingang. Unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist tritt die Findungskommission zusammen, sichtet die Bewerbungen und stellt fest, wer unter Berücksichtigung von § 45 Abs. 1 HessHG und des Anforderungsprofils zur öffentlichen Anhörung eingeladen werden soll. Die Findungskommission kann auch Personen für die öffentliche Anhörung vorschlagen, die sich nicht beworben haben; diese müssen ihr Einverständnis mit der Kandidatur schriftlich erklärt haben. Mitglieder der Findungskommission sind im laufenden Verfahren von einer Kandidatur ausgeschlossen.
- (4) Sofern Mitglieder des Senats für das Präsidenschaftsamt kandidieren, werden die Kandidat*innen bei allen entsprechenden Tagesordnungspunkten im Senat und ggf. dessen Vor-oder Nachbesprechung von der Information, Beratung und Entscheidung ausgeschlossen. In diesem Fall haben sie die Sitzung zu verlassen. Unterlagen zu und Protokollierungen der entsprechenden Tagesordnungspunkte werden ihnen nicht zur Verfügung gestellt.
- (5) Die nach Abs. 3 ausgewählten Kandidat*innen werden von dem den Vorsitz führenden Mitglied des Erweiterten Senats schriftlich zur öffentlichen Anhörung im Erweiterten Senat eingeladen.
- (6) Solange nicht der Hochschulrat eine*n Kandidat*in bzw. mehrere Kandidat*innen zur Wahl vorgeschlagen hat, kann die Findungskommission jederzeit beschließen, noch weitere geeignete Kandidat*innen zu suchen oder die Stelle neu auszuschreiben. In diesem Fall kann die Findungskommission neu zusammengesetzt werden.
- (7) Nach der öffentlichen Anhörung berät sich der Hochschulrat mit dem Erweiterten Senat.
- (8) Anschließend macht der Hochschulrat einen Wahlvorschlag, der mehrere Namen enthalten soll. Dem Wahlvorschlag sind die Unterlagen der Vorgeschlagenen beizufügen.
- (9) Sieht sich der Hochschulrat nicht im Stande, eine*n geeignete*n Kandidat*in vorzuschlagen, entscheidet die Findungskommission nach Abs. 6.
- (10) Die Wahl wird von der*dem Vorsitzenden des Erweiterten Senats geleitet. Jedes Mitglied des Erweiterten Senats hat eine Stimme. Die Abstimmung erfolgt mit amtlichen Stimmzetteln, welche die Namen der zur Wahl stehenden Personen tragen.

(11) Der Erweiterte Senat wählt die*den Präsident*in mit der Mehrheit seiner Mitglieder in geheimer Wahl. Im ersten Wahlgang wird über den Wahlvorschlag des Hochschulrats abgestimmt. Erhält niemand die erforderliche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem nur noch über diejenigen Personen abgestimmt wird, auf die im ersten Wahlgang mindestens fünf Stimmen entfielen. Findet auch im zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Mehrheit, so wird in gleicher Weise ein dritter Wahlgang durchgeführt. Erhält auch in diesem Wahlgang niemand die erforderliche Mehrheit, so stehen in den folgenden Wahlgängen jeweils nur noch die Personen zur Wahl, deren Stimmzahlen im vorhergehenden Wahlgang mindestens der des zweiten Platzes entsprechen; haben zwei oder mehr Personen gemeinsam die höchste Stimmenzahl erzielt, stehen nur noch diese zur Wahl.

(12) Nach mindestens zwei erfolglosen Wahlgängen mit nicht mehr als zwei Bewerber*innen oder zwei aufeinanderfolgenden Wahlgängen mit identischen Ergebnissen kann der Erweiterte Senat beschließen, das Wahlverfahren für gescheitert zu erklären. In diesem Fall schreibt die Findungskommission das Präsidenschaftsamt erneut aus.

(13) Der Erweiterte Senat kann auf Grund eines Geschäftsordnungsbeschlusses das Verfahren jeweils nach der Feststellung des Ergebnisses eines Wahlgangs und vor der Eröffnung eines weiteren Wahlgangs aussetzen und die Sitzung für einen bestimmten Zeitraum unterbrechen oder sich auf einen neuen Termin vertagen.

(14) Nach erfolgreich abgeschlossener Wahl ernennt der Hochschulrat die*den Präsident*in für eine Amtszeit von sechs Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

(15) Das Präsidenschaftsamt ist unvereinbar insbesondere mit folgenden Ämtern und Funktionen innerhalb der Universität: Mitgliedschaft im Dekanat, Mitgliedschaft als Professorenvertretung im Senat oder Fachbereichsrat, Leitung wissenschaftlicher oder technischer Einrichtungen. Mit der Ernennung scheidet die*der Präsident*in aus diesen Ämtern und Funktionen aus. Die*der Präsident*in kann während der Präsidenschaft nicht für diese Ämter oder Funktionen kandidieren.

§ 35 Wahlen Vizepräsidenschaftsamt

(1) Die Vizepräsident*innen werden auf Vorschlag der*des Präsident*in und nach Bestätigung des Hochschulrats vom Erweiterten Senat aus dem Kreis der Mitglieder der Universität für eine Amtszeit von mindestens drei Jahren gewählt. Die Wahl soll spätestens einen Monat vor Ende der jeweiligen Amtszeit anberaumt werden. Soll ein*e Vizepräsident*in hauptberuflich tätig sein, beträgt deren* dessen Amtszeit sechs Jahre. Wählbar sind in diesem Fall außer Mitgliedern der Universität auch Bewerber*innen die nicht der Universität angehören. § 34 Abs. 4 findet Anwendung. Für hauptberufliche Vizepräsident*innen gelten die Regelungen des § 46 HessHG. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Die Wahl wird von der*dem Vorsitzenden des Erweiterten Senats rechtzeitig vorbereitet und geleitet. Jedes Mitglied des Erweiterten Senats hat eine Stimme. Die Abstimmung erfolgt mit amtlichen Stimmzetteln, welche die Namen der zur Wahl stehenden Personen tragen. Der Erweiterte Senat wählt die Vizepräsident*innen mit der Mehrheit seiner Mitglieder in geheimer Wahl. Nach drei erfolglosen Wahlgängen erklärt die*der Vorsitzende des Erweiterten Senats das Wahlverfahren für gescheitert.

(3) § 34 Abs. 13 dieser Wahlordnung gilt entsprechend.

(4) Soll die*der Vizepräsident*in hauptberuflich tätig sein, so wird die Stelle vor dem Vorschlag der*des Präsident*in öffentlich ausgeschrieben.

(5) Das Vizepräsidenschaftsamt ist unvereinbar insbesondere mit folgenden Ämtern und Funktionen innerhalb der Universität: Mitgliedschaft im Dekanat, Mitgliedschaft als Professorenvertretung im Senat oder Fachbereichsrat. § 34 Abs. 15 S. 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 36 Wahlen zum Hilfskräfterat

(1) Der Hilfskräfterat besteht bei bis zu 1000 an der Goethe-Universität beschäftigten studentischen Hilfskräften aus drei Mitgliedern. Bei über 1000 beschäftigten studentischen Hilfskräften besteht der Hilfskräfterat aus sieben Mitgliedern.

(2) Die Amtszeit eines Mitgliedes im Hilfskräfterat beträgt ein Jahr. Die Wahl findet jährlich mit den universitären Gremienwahlen statt.

(3) Nach Beendigung der Tätigkeit als studentische Hilfskraft bleibt die Mitgliedschaft im Hilfskräfterat für die restliche Amtszeit bestehen, solange das Mitglied Angehörige*r der Goethe-Universität ist. Für diese Mitglieder gilt Abs. 4 nicht.

(4) Ein Mitglied des Hilfskräfterats nach Abs.1 Satz 1 kann an den Sitzungen des Personalrats mit Rederecht, in allen Angelegenheiten, die die studentischen Hilfskräfte betreffen, mit Antrags- und Stimmrecht teilnehmen. Das Mitglied nach Satz 1 ist wie ein Personalratsmitglied zu den Sitzungen des Personalrats zu laden. Besteht der Hilfskräfterat aus sieben Mitgliedern, gelten Satz 2 und Satz 3 für zwei Mitglieder.

(5) Mitglieder, die die Rechte und Pflichten nach Abs. 4 wahrnehmen, können weder Amtsträger*in der verfassten Studierendenschaft noch Mitglied im Fachbereichsrat oder im Senat sein.

§ 37 Datenschutz

(1) Nach dieser Ordnung werden insbesondere für Zwecke der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sowie zur Verarbeitung der Wahlergebnisse personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und gespeichert. Nach dieser Ordnung verarbeitete personenbezogene Daten sind vertraulich zu behandeln und dürfen nicht für andere Zwecke genutzt oder Dritten zur Nutzung überlassen werden. Sie sind frühestmöglich zu löschen.

(2) Der Wahlvorstand kann für Zwecke der Wahrnehmung von datenschutzrechtlichen Informations- und Auskunftsrechten durch Mitglieder und Angehörige elektronische Verfahren vorsehen.

38 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

Die Wahlen zum Hilfskräfterat finden erstmalig im WS 2023/2024 statt. Zu der ersten konstituierenden Sitzung des Hilfskräfterats lädt die Wahlleitung ein und leitet die Sitzung bis zur Übergabe der Sitzungsleitung an die Vertrauensperson.

Diese Wahlordnung tritt nach ihrer Veröffentlichung im UniReport in Kraft. Die Wahlordnung vom 28.11.2022 tritt am gleichen Tage außer Kraft.

Frankfurt am Main, den 19.09.2023

Gez.

Prof. Dr. Enrico Schleiff

Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Impressum

UniReport Satzungen und Ordnungen erscheint unregelmäßig und anlassbezogen als Sonderausgabe des UniReport. Die Auflage wird für jede Ausgabe separat festgesetzt.

Herausgeber Der Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main